

Sehr geehrte Damen und Herren der Staatsregierung,
sehr geehrte Landwirtschaftsministerin Kaniber,

die selbstproduzierenden Gärtnereien gehören zu den Betrieben, die durch die aktuellen Ausgangsbeschränkungen und Betriebsschließungen besonders in ihrer Existenz bedroht sind. Der Verkauf von Pflanzen, Saatgut und Gemüsesetzlingen ist ein Saisongeschäft, das mit Frühlingsbeginn starten muss und einen großen Teil des Umsatzes in den Gärtnereien ausmacht.

Während beispielsweise Tankstellen ungehindert alle möglichen Waren verkaufen dürfen und auf Wochenmärkten und in Lebensmittelgeschäften weiterhin Balkonblumen, Zierpflanzen und Gemüsesetzlinge angeboten werden, müssen die Gärtnereien um ihr Kerngeschäft bangen. Im Sinne der Gleichbehandlung muss das geändert werden.

Zwar ist auf den Seiten des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu den Gärtnereien zu lesen, dass „Betriebe, bei denen das Angebot zur Lebensmittelversorgung (Obst, Gemüse, Salatpflanzen, Tomatenpflanze, usw.) überwiegt“, öffnen dürfen, doch hilft dies den Gärtnereien letztendlich wenig. Die Auflage, „überwiegend“ ein Angebot zur Lebensmittelversorgung anzubieten, schrammt in vielen Fällen an der Realität der Gärtnereien vorbei. Sie alle halten ein breites Angebot an Zierpflanzen, Obstgehölzen, Gemüsesetzlingen, Kräutern, Gehölzen und Stauden vor, oft noch in Kombination mit Schnittblumen.

Gärtnerinnen und Gärtner gehören wie Landwirtinnen und Landwirte zu den grünen Berufen der Lebensmittelerzeugung. In Bayern produzieren 6.500 Betriebe auf einer Nutzfläche von 23.600 ha gärtnerische Kulturen zum Verkauf. Daneben gibt es eine ungezählte Vielfalt von gärtnerischen Kleinbetrieben. Jedem Betrieb ist es möglich, genau wie in Supermärkten, den Sicherheitsabstand zwischen den Kunden*innen zu ermöglichen, ja sogar noch besser, da sich etliche Verkaufsflächen auch im Freien befinden.

Die selbstproduzierenden Gärtnereien leisten zusammen mit den privaten Selbstversorgerinnen und Selbstversorgern einen wichtigen Beitrag in einer Zeit, in der wir jeden Salatkopf und jede Gurke brauchen können, falls es aufgrund der Corona-Pandemie zu Engpässen in den Versorgungsketten kommen sollte.

Das Überleben der vielen großen und kleinen Gärtnereien, die oft auch auf besondere Obst-, Gemüse und Kräutersorten spezialisiert sind, darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Um zu verhindern, dass neben den Pflanzen auch die Arbeitsplätze und die Betriebe selbst kaputt gehen, fordern wir Sie auf, den Gärtnereien unter Beachtung der Sicherheits- und Hygieneregeln die Öffnung ihrer Ladengeschäfte vollumfänglich zu erlauben.

Wir werden die regionale Vielfalt dieser Betriebe in Zukunft weiterhin brauchen und wollen sie erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Gisela Sengl MdL, Paul Knoblach MdL, Hans Urban MdL